

Die Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie.

Freudig war alles überrascht, als am denkwürdigen 4. August 1914 im Reichstag die sozialdemokratische Fraktion einstimmig wie alle andern Parteien die Kriegskredite bewilligte. Ihr Redner, der Abgeordnete Haase, begleitete alle „in den Kampf ziehenden Brüder ohne Unterschied der Partei“ mit seinen heißen Wünschen. Viele knüpften damals an diese Abstimmung die kühnsten Hoffnungen für die künftige nationale Haltung der sozialdemokratischen Partei.

Obwohl am 4. August sämtliche im Reichstag anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten für die Kriegskredite stimmten, so wurde doch nachträglich bekannt, daß in der vorausgehenden Fraktionsitzung 14 Abgeordnete die Kredite abgelehnt hatten; sie hielten es aber für klüger, der Reichstagsitzung fern zu bleiben. Am 2. Dezember 1914 stieg in der Fraktionsitzung die Zahl der Stimmen gegen die Kriegskredite auf 17, bei der dritten und vierten Kreditvorlage auf 23 bzw. 36 und bei der fünften (21. Dezember 1915) auf 41. Am letztgenannten Tage spaltete sich die Fraktion auch vor der Öffentlichkeit. Die Minderheit — 19 Abgeordnete — stimmten gegen die Kreditvorlage unter Protest gegen die Militärdiktatur, gegen die Kriegsschürer und gegen jeden Eroberungskrieg. Das war eine offene Parteirebellion. Denn am 2. Februar 1915 hatte die Fraktion mit 92 gegen 4 Stimmen den alten Grundsatz bestätigt, daß kein Abgeordneter gezwungen werden solle, gegen seine Überzeugung zu stimmen, daß er vielmehr in solchen Fällen das Recht habe, sich vor der Abstimmung zu entfernen, daß aber dies nicht in demonstrativer Weise geschehen dürfe¹.

Als am 24. März 1916 die Minderheit einem Beschluß der Fraktion im Reichstag abermals zuwiderhandelte, erklärte die Mehrheit mit 58 gegen 33 Stimmen (bei 4 Stimmenthaltungen), die Minderheit dürfe nicht mehr an den Rechten der Fraktion teilhaben. Daraufhin konstituierten sich 18 Abgeordnete der Minderheit als eigene Fraktion unter dem Titel

¹ Sozialistische Monatshefte 1915, III 1334.

„Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“. Zu ihr gehörten u. a. Bernstein, Haase, Kunert, Lebebour, Stadthagen, Wurm und Zubeil. Es hatte sich also nicht einmal die Hälfte von denen, welche die Kriegskredite ablehnten, der neuen Fraktion angeschlossen.

Um der drohenden Spaltung der ganzen Partei vorzubeugen, berief der Parteivorstand, da ein Parteitag unter den obwaltenden Umständen unmöglich war, für Ende September 1916 eine Parteikonferenz zusammen. Eine solche Konferenz ist in den Parteistatuten nicht vorgesehen, sie konnte mithin keine bindenden Beschlüsse fassen, aber man hoffte, sie werde eine große moralische Wirkung auf die Partei ausüben.

Diese Wirkung blieb jedoch aus. Die Mehrheit der Delegierten billigte zwar die Haltung der Fraktionsmajorität, aber sie vertrat wahrscheinlich nur eine knappe Mehrheit der ganzen Partei. So behauptet wenigstens R. Lipinski auf Grund einer eingehenden Berechnung¹.

Seitdem tobt der Hader in der Partei fort, und er wird wahrscheinlich, wenn überhaupt, erst auf einem Parteitag nach dem Kriege zum Austrag gebracht werden. Und worum dreht sich der Hader?

Es ist mir nicht zweifelhaft, daß der jetzige Parteikampf, wenigstens für die meisten Beteiligten, im Grunde eine Fortsetzung und Steigerung des alten Streites zwischen Marxisten und Revisionisten oder zwischen Radikalen und Reformisten ist. Aber es spielen neue Faktoren mit, die zu ganz sonderbaren Verschiebungen in den sozialdemokratischen Parteiverhältnissen geführt haben.

E. Bernstein, der Vater des Revisionismus, steht auf seiten der zum größten Teil radikalen Minderheit. Er, der früher das offizielle Parteiprogramm so schonungslos zerzauste, kämpft jetzt wie ein Löwe an der Seite Kauchkyz, des Verfassers des genannten Programms und strammen Wächters des orthodoxen Marxismus². Der „Vorwärts“, das Zentral-

¹ Vgl. Die Neue Zeit, 35. Jahrgang I 47.

² Meines Erachtens darf man aus der Stellungnahme Bernsteins keine weitgehenden Schlüsse über den Charakter der genannten Minderheit ziehen, da diese aus sehr verschiedenartigen Elementen sich zusammensetzt. Bernstein ist ein scharfer Kritiker, aber er neigt so sehr zur Kritik und Negation, daß er wahrscheinlich in jeder Partei bald zur Opposition gehören würde. Wilh. Koll schreibt („Sozialistische Monatshefte“ 1915, III 1329): Wenn einige wenige Parteigenossen, die, obgleich seit Jahren ausgesprochene Vertreter der reformistischen Richtung in unserer Partei, dennoch in der Kriegsfrage auf einem andern Standpunkt stehen, „so ist diese Tatsache, wie auch Hugo Poetsch neulich angedeutet hat, nur psychologisch, nicht aber logisch zu erklären.“

organ, und „Die Neue Zeit“, die offizielle Wochenschrift der Partei, stehen ganz auf seiten der aufrührerischen Minderheit, dagegen treten die revidionistischen „Sozialistischen Monatshefte“ für die Mehrheit in die Schranken. Während die Radikalen im preussischen Landtag die Mehrheit haben, ist im Reichstag das Umgekehrte der Fall. Haase, der Vorsitzende der Partei und der Reichstagsfraktion, hat sich der Minderheit angeschlossen und sah sich deshalb veranlaßt, von seinen Ämtern zurückzutreten.

So herrscht augenblicklich der größte Wirrwarr unter den Genossen. Der 4. August hatte sie plötzlich vor ein Problem gestellt, auf das sie nicht vorbereitet waren. Vor dem Kriege konnten die Sozialdemokraten auf den Parteitag und im Reichstag ohne Gefahr in wilden Deklamationen gegen Krieg, Militarismus, Weltrüsten, Kriegssteuern u. dgl. schwelgen, das waren immer angenehme Töne in den Ohren ihrer Anhänger.

Da sah sich Deutschland unerwartet von allen Seiten durch mächtige Feinde in seinem Dasein bedroht. Die allgemeine, mit elementarer Gewalt hervorbrechende Begeisterung, mit der das gesamte Volk für das Vaterland Gut und Blut einzusetzen bereit war, erfaßte auch die sozialdemokratischen Massen, und ihre Abgeordneten im Reichstag — jetzt die stärkste Partei — konnten der Strömung unmöglich widerstehen.

Vielen von diesen Abgeordneten war es ohne Zweifel voller Ernst mit dem Eintreten für ihr Volk und Vaterland, sie waren im Grunde des Herzens doch national gesinnt. Andere dagegen wurden zwar im Augenblick mit fortgerissen, kamen aber bald zur Einsicht, daß ihre augenblickliche patriotische Begeisterung schlecht zu ihrem bisherigen Internationalismus passe. Wenn sich in allen Ländern die Sozialisten für ihre Nation und ihr Vaterland begeisterten, dann war es aus mit der internationalen Verbrüderung der Proletarier aller Länder, welche Marx und Engels so nachdrücklich gepredigt hatten, dann ging die ganze Internationale in die Brüche.

Hier haben wir den eigentlichen und unmittelbaren Grund der jetzigen Spaltung in der Partei. Es handelt sich um die Stellung zum Vaterland. Vielen Genossen steht das Vaterland über dem Internationalismus, andern dagegen steht der Internationalismus über dem Vaterland. Wie man sieht, handelt es sich nur um eine neue Nummer des alten Gegensatzes zwischen Marxisten und Revidionisten oder zwischen Radikalen und Reformisten.

Gleich nach Ausbruch der Weltkriege schrieb Kautsky¹: „Jeder Krieg bringt die Sozialdemokratie in das fatale Dilemma zwischen der Notwendigkeit, den eigenen Herd zu verteidigen, und der internationalen Solidarität.“ Daraus können, fügt er bei, Meinungsverschiedenheiten in der Partei entstehen, vorderhand aber müsse die Kritik schweigen. Disziplin im Kriege sei nicht bloß für die Armee, sondern auch für die Partei das erste Erfordernis.

Dieser gute Vorsatz hat aber nicht lange standgehalten. Kautsky beteiligte sich bald sehr lebhaft an der Kritik und unterstützte in der „Neuen Zeit“ ganz offen die rebellische Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion. Diese hatte noch am 2. Dezember 1914 die Kriegskredite bewilligt, dann aber schwenkte sie plötzlich und lehnte alle Kredite ab. Kautsky hat sich die größte Mühe gegeben, die Minderheit von dem Vorwurf widerspruchsvoller Haltung zu reinigen.

Er unterscheidet zwischen der Kreditbewilligung am 4. August und der sog. Politik des 4. August². Die Kreditbewilligung war nach ihm nicht eindeutiger Natur. Man konnte sie in einem Sinne auffassen, in dem sie „einen Bruch mit der Vergangenheit und unsern bisherigen Grundsätzen bedeutete, und das war bei einem Teil der Mehrheit sicher damals schon der Fall“. Man konnte sie aber auch in einem Sinne auffassen, die mit den Grundsätzen der Partei vereinbar war. Und welches war dieser Sinn? Darauf gibt Kautsky eine sehr gewundene Antwort. Es klingt wie ein Selbstbekenntnis, wenn er schreibt: Bei der Erinnerung an die Haltung der führenden Genossen im Kriege von 1870 empfand „jeder von denen, die durch die Bebel-Lieb-knechtsche Schule gegangen waren, die Bewilligung am 4. August zunächst als etwas seiner Natur Widersprechendes“. Warum das? Offenbar weil die Bewilligung eine Annäherung an die Nation oder den Staat bedeutete und die internationale Solidarität des Proletariats zu gefährden schien.

Sowohl Marx und Engels als Bebel und Liebknecht erklärten jede Teilnahme an einem Angriffskriege ihres Vaterlands für unerlaubt; für den Fall eines reinen Verteidigungskrieges gestatteten sie, für das Vaterland einzutreten, wenn darunter das Interesse des internationalen Proletariats nicht leide.

¹ Die Neue Zeit, 32. Jahrg. II 846.

² Ebd. 35. Jahrg. I 2.

Im „Kommunistischen Manifest“, das bekanntlich von Marx und Engels gemeinsam verfaßt wurde, heißt es: „Den Kommunisten ist vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“

„Die Arbeiter haben kein Vaterland.“ Aber hat denn der französische Arbeiter, der in Frankreich geboren und erzogen wurde und dort mit seiner Familie lebt, kein Vaterland? Hat der deutsche Arbeiter in Deutschland kein Vaterland? Nur Unverstand könnte so etwas behaupten, wenn man den Worten ihren gebräuchlichen Sinn läßt. Offenbar verstanden Marx und Engels unter „Vaterland“ etwas anderes, wahrscheinlich das „Interesse am Vaterland“ oder die „politische Herrschaft im Vaterland“. Sonst begreift man nicht, wie sie hinzufügen konnten: „Indem das Proletariat sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“

Dunkel ist der Rede Sinn! Wie kann das Proletariat in anderem Sinne national sein als die Bourgeoisie? Kautsky antwortet¹: Der Standpunkt von Marx und Engels unterschied sich dadurch vom nationalen Standpunkt der Bourgeoisie, „daß ihr Interesse nicht bloß dem einen Vaterland, der einen Nation galt, sondern die andern Vaterländer mit gleicher Liebe umfaßte“.

Kautsky sucht seine Auffassung durch die Haltung der sozialdemokratischen Führer im Jahre 1870 zu bestätigen. Wenn diese Erklärung richtig ist, so fehlte es den Koryphäen der Sozialdemokratie zweifellos an Vaterlandsliebe. Ein Deutscher, der im Deutschen Reiche geboren ist und lebt, und Frankreich und England mit der gleichen Liebe umfaßt wie Deutschland, der hat eben keine wahre Vaterlandsliebe, ebensowenig als ein Kind wahre Vaterliebe hat, das alle „Väter“ mit der gleichen Liebe umfaßt wie seinen eigenen Vater. Das Kind soll seinen Vater mehr lieben als die andern Väter, und es hat höhere Pflichten gegen ihn als gegen andere Väter. Ebenso soll der Mensch sein Vaterland mehr lieben als die andern Vaterländer, und wenn die Interessen des eigenen Vaterlandes nicht mehr am Herzen liegen als die der andern Vaterländer, hat keine wahre Vaterlandsliebe.

¹ Die Neue Zeit, 35. Jahrg. I 325.

Daß aber Kautskys Erklärung des Standpunktes von Marx und Engels die richtige ist, ergibt sich uns aus einer andern Stelle des „Kommunistischen Manifestes“, an der es heißt, daß die Kommunisten „in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen“. Das heißt die Interessen des internationalen Proletariats über die der eigenen Nation setzen.

Am deutlichsten hat Kautsky seine internationale Gesinnung ausgesprochen. Auf dem Parteitag zu Essen (1907) sagte er: „Ich frage: sind denn die Sozialdemokraten jedes Landes unter allen Umständen verpflichtet, in einem Verteidigungskrieg mitzumachen? Wenn z. B. Japan Rußland angegriffen hätte, wären da die russischen Sozialdemokraten zur Verteidigung ihrer Nation gezwungen, die Regierung zu unterstützen? Sicherlich nicht. Wir haben uns nicht von dem Gesichtspunkt leiten zu lassen, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg, sondern davon, ob ein proletarisches oder demokratisches Interesse in Gefahr ist.“

Also die Sozialdemokraten träten keineswegs immer zur Verteidigung ihres Vaterlandes ein, sondern nur dann, wenn ihre eigenen Interessen in Gefahr sind. Solche Gesinnungen sind mit wahren Patriotismus unverträglich, und wir begreifen jetzt, warum Kautsky der sozialdemokratischen Mehrheit, die treu zu ihrem Volke stehen will, vorwerfen kann, sie habe „an Stelle des Klassenkampfes den Burgfrieden und an Stelle der Internationalität des Proletariats die Solidarität aller Klassen gesetzt“¹.

Aber, könnte man fragen, was hat nun das alles mit der Unterscheidung zwischen der Kreditbewilligung des 4. August und der Politik des 4. August zu tun? Nach Kautsky sehr viel, es soll uns begreiflich machen, wie die Sozialdemokraten ohne Widerspruch sogar in demselben Kriege ihre Haltung ändern können, wenn die Interessen des internationalen Proletariats dies fordern. „Die Frage, wer den Krieg hervorgerufen, ist nicht das einzige und nicht das entscheidende Moment für unsere Stellungnahme (im Kriege). Weit wichtiger wird unsere Stellung zu den Kriegsziele, zu der Frage, wieweit sie den Frieden hinausschieben, wieweit sie seine Herbeiführung beschleunigen, wieweit das gedeihliche Zusammen-

¹ Die Neue Zeit, 35. Jahrg. I 3.

leben der Völker nach dem Kriege und damit die Dauer des Friedens begünstigen oder hemmen; wieweit sie die gesellschaftliche Entwicklung der Welt erleichtern oder lähmen.“¹

Nach diesen Grundsätzen handelten, wie Kautsky behauptet, „unsere Meister“. Marx und Engels änderten ihre Haltung während des Krieges von 1870. Ihre Haltung „wechselte mit dem Wechsel im Charakter und der Politik des Staates. Das Prinzipielle trat bei ihnen nicht als Unveränderlichkeit ihrer Haltung, sondern als Unveränderlichkeit ihres Standpunktes zutage, von dem aus sie die Verhältnisse untersuchten. Dieser Standpunkt war der des Gesamtinteresses des internationalen Proletariats“².

Mit diesem kautskufartigen Prinzip könnten Sozialdemokraten leicht ihre Haltung im Kriege ändern, und zwar so oft sie wollten. Wer vermag bestimmt die Kriegsziele anzugeben und zu beurteilen, wieweit sie den Frieden hinauschieben, wieweit sie das gedeihliche Zusammenleben der Völker nach dem Kriege begünstigen, wieweit sie die gesellschaftliche Entwicklung der Welt erleichtern oder lähmen? Jedenfalls braucht man sich über den Wirrwarr in der Partei nicht zu wundern, wenn sich Sozialdemokraten ihr Urteil über den Krieg nach solch verschwommenen und dehnbaren Kriterien bilden. Dabei wollen wir ganz davon schweigen, wie verkehrt es ist, seine Stellung zum Kriege nicht von der Not und den Interessen des Vaterlandes, sondern von kosmopolitischen Gesichtspunkten abhängig zu machen. Es ist begreiflich, daß die Mehrheit der Partei davon nichts wissen will und treu zum Vaterlande steht.

Ich glaube übrigens, daß nur wenige Mitglieder der Minderheit aus solchen Erwägungen heraus, wie sie Kautsky angibt, ihre Schwenkung seit dem 2. Dezember 1914 vollzogen haben. Viele fürchteten, daß durch die Kreditbewilligungen und den Anschluß an die andern Parteien im Reichstag die Partei immer mehr in das patriotische Fahrwasser eintreten und allmählich ihren revolutionären Charakter verlieren werde. Die Schlagwörter Klassenkampf, Zusammenbruch, Katastrophe, Diktatur des Proletariats, Kladderadatsch, und wie sie alle heißen, sind ihnen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie ohne dieselben nicht mehr leben und reden können. Dabei mag auch die Furcht mitspielen, den Einfluß auf die großen Massen der Arbeiter zu verlieren.

¹ Die Neue Zeit, 35. Jahrg. I 304.

² Ebd. 306.

Diese Massen sind leicht zu gewinnen, wenn man sich auf das Kritifizieren verlegt, wenn man gegen Steuern, Militarismus, Klassenprivilegien donnert, wenn man sich mit großen Versprechungen als Volksbeglückter aufspielt und ein irdisches Paradies vorgaukelt, in dem man bei geringer Arbeit viel gewinnen kann.

Aber was ist damit in Wirklichkeit den Arbeitern geholfen? Nichts, gar nichts. Jedenfalls hilft man ihnen mehr als durch solche Deklamationen, wenn man auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung durch allmähliche Reformen ihnen den gebührenden Anteil an den Gütern der Gesamtheit zu verschaffen sucht.

Mary und Engels sprechen den Proletariern das Vaterland ab, weil sie angeblich kein Interesse an ihm und nichts zu verlieren hatten als ihre Ketten. Das war schon zu ihrer Zeit eine arge Übertreibung; heute aber hat sich das ganz geändert, so daß eine gewisse Solidarität zwischen den Arbeiterklassen und den andern Volksklassen besteht. Selbst Kautsky, der Verfechter der Verelendungstheorie, der diese Theorie in das sozialdemokratische Programm aufgenommen hat, sieht sich zum Geständnis genötigt¹, „daß sich die Lage eines großen Teiles der arbeitenden Klassen nicht nur moralisch und politisch, sondern auch materiell in mancher Hinsicht gehoben hat. Freilich, die Heimarbeit und große Teile des Handwerks sind seit der Zeit des ‚kommunistischen Manifestes‘ eher heruntergekommen. Aber die Fabrikarbeiterschaft ist durch die Arbeiterschutzgesetze wenigstens die schlimmsten Bedrücknisse losgeworden, und jene Schichten von Lohnarbeitern, die sich gewerkschaftlich zu organisieren vermochten, können bedeutende Errungenschaften aufweisen. Endlich haben die Versicherungsgesetze manche Quelle des Elends für den arbeitsunfähigen Proletarier eingedämmt.“

Trotz dieses bemerkenswerten Zugeständnisses will doch Kautsky noch an seiner relativen Verelendungstheorie festhalten. Zu dem Zweck sucht er zu beweisen, der Reichtum der besitzenden Klassen sei noch weit rascher gestiegen als die Einkommen der Proletarier. Aber wenn die Lage der Arbeiter materiell und moralisch sich gebessert hat, so wird diese Besserung nicht dadurch aufgehoben, daß sich die Lage der andern Stände noch mehr gebessert hat. Die Arbeiter mögen trachten, ihre Lage noch mehr zu verbessern, niemand wird ihnen das verbieten; aber dieses Ziel werden sie

¹ Die Neue Zeit, 35. Jahrg. I 324.

nicht auf dem Wege des Klassenhasses und der Revolution, sondern auf dem der stetig fortschreitenden Reformen und des Zusammenarbeitens mit den andern Volksklassen erreichen.

Das sehen heute glücklicherweise schon viele Sozialdemokraten ein, und deshalb sagen sie sich von dem Poltern der ewig negierenden und den Klassenhaß schürenden Revolutionäre los, stellen sich auf den Boden des Vaterlandes und suchen durch Mitarbeit mit den andern politischen Parteien die Lage des Arbeiterstandes durch allmähliche Reformen immer mehr zu heben. Erwähnt sei nur, was Wolfgang Heine schreibt¹: „Auch die Arbeiter, die Sozialdemokraten, sind Glieder ihrer Nationen. Das hat noch kein Franzose und Engländer bestritten, uns Deutschen aber wollen Schreibtischmenschen, die von jedem Wirklichkeitsinn verlassen sind, einreden, der Arbeiter habe die Nation zu negieren, für ihn dürfe nur die Internationale existieren, und für die deutsche Sozialdemokratie sei es gleichgültig, ob Deutschland oder Rußland siege. Die Nationen sind Realitäten, die für die Arbeiter vielleicht in noch höherem Grade Bedeutung haben als für die Besitzenden, denen es viel leichter wird, außerhalb des Vaterlandes eine neue Heimat zu finden.“

Heine zeigt dann ausführlich, wie innig der Arbeiter auf wirtschaftlichem, kulturellem und staatlichem Gebiete mit dem Leben der Nation verknüpft ist, und daß nicht nur die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern die Masse der Parteigenossen den Willen hat, in der Gefahr treu zum Vaterlande zu stehen. „Entschlossen, ja freudig zogen sie zu den Fahnen. Es gibt Orte, wo fast die gesamten Teilnehmer der Arbeiterjugendbewegung, soweit sie sich für kriegstauglich hielten, sich sofort als Kriegsfreiwillige gemeldet haben. Ausziehende sozialdemokratische Landwehrleute begrüßten und beglückwünschten uns Abgeordnete, als sie uns auf der Straße erkannten, laut zu unserer Abstimmung. Unzählige Briefe von der Front . . . zeigen dieselbe entschlossene Stimmung, den festen Willen, diesen Krieg für die Rettung des deutschen Vaterlandes mit Aufbietung aller Kräfte zu Ende zu führen. So schwer der Krieg und seine Schrecken auf uns lasten . . ., so herrscht doch allgemein das Bewußtsein, daß der Krieg um Deutschlands Existenz geführt werde, und daß er so lange geführt werden müsse, bis ein wirklich sicherer Friede errungen sei.“²

¹ Sozialistische Monatshefte 1915, I 3.

² Ebd. 8.

Auch Wilhelm Kollb betrachtet den jetzigen Streit nur als eine Fortsetzung und Verschärfung des alten Gegensatzes zwischen Radikalismus und Reformismus¹. Die Mehrheit im Reichstage habe am 4. August in der Tat einen Bruch mit den von mehreren Parteitagern über die Steuerbewilligungen aufgestellten Grundsätzen vollzogen. „Der dadurch hervorgerufene Konflikt ist aber nicht neu, er bedeutet lediglich die Vollendung des seit jeher vorhandenen Gegensatzes zwischen der reformistischen und radikalen Richtung in der Partei. Ein Unterschied zwischen den früheren Fällen und dem des 4. August besteht nicht der Art, sondern nur dem Grade nach, und dieser Fall hat nur deshalb eine größere Bedeutung als alle früheren, weil diesmal nicht mehr ein vieldeutiger Kompromiß geschlossen werden kann, sondern eine klare Entscheidung notwendig geworden ist.“ Der Bau des Radikalismus ist nach Kollb umgeblasen worden, als der Sturmwind des europäischen Krieges daherbrauste. Er hofft, daß man in Zukunft dem Radikalismus nicht mehr verstatte, seine Prinzipien zur Richtschnur des politischen Handelns der Partei zu machen.

Ob diese Hoffnung berechtigt ist, wird erst der Parteitag nach dem Kriege zeigen. Auf diesen Parteitag darf man aber nicht allzuviel Vertrauen setzen. Das ist gerade das Sonderbarste in der Organisation der Sozialdemokratie, daß Streitigkeiten, die jahrelang in Zeitungen und Zeitschriften die Gemüter der Theoretiker in Erregung gebracht haben und in denen es sich um die sozialdemokratischen Grundsätze handelt, schließlich einer Versammlung vorgelegt werden, in der die Männer der schwierigen Hand den Ausschlag geben.

¹ Sozialistische Monatshefte 1915, III 1330.